

Herrn Bundesminister  
Mag. Dr. Hans Jörg SCHELLING  
Bundesministerium für Finanzen  
Johannesgasse 5  
1010 Wien

Wirtschaftskammer Österreich  
Bundessparte Handel  
Bundesgremium des  
Fahrzeughandels  
Der Obmann  
Wiedner Hauptstr. 63 | Postfach 440  
A-1045 Wien  
T (0)5 90 900DW | F (0)5 90 900292  
E fahrzeughandel@wko.at

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen, Sachbearbeiter	Durchwahl	Datum
	BGr H15 obm/BC	3204	22.12.2014

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Schelling,

ich habe den Bericht der Steuerreformkommission aufmerksam studiert und möchte zu dem Vorschlag, den Sachbezug von Dienstautos von 1,5 % auf 2 % zu erhöhen und damit ein zusätzliches Steueraufkommen von ca. 50 Mio € zu lukrieren, kritisch Stellung nehmen.

Als Vertreter des Fahrzeughandels in der WKÖ trete ich vehement gegen die hohe steuerliche Belastung des Autos, sowohl beim Kauf als auch bei dessen Nutzung, auf. Jahr für Jahr zahlen die Autofahrer mehr Steuern und Abgaben, im Jahr 2000 waren es noch 8,4 Milliarden Euro, zwischenzeitig sind es bereits 12,7 Milliarden € (2013). Knapp vier Milliarden davon macht die Mineralölsteuer aus, die motorbezogene Versicherungssteuer schlägt mit knapp 1,8 Milliarden Euro zu Buche, die Mehrwertsteuer für den Autokauf mit 1,7 Milliarden und für Benzin/Diesel mit 1,4 Milliarden. Dann kommen noch die LKW Maut (1,1 Mrd.), Mehrwertsteuer auf Autoreparaturen (knapp 1 Mrd.), NOVA (457 Mio.), PKW Maut (406 Mio.) und die Versicherungssteuer mit 324 Mio.

Die Erhöhung des Sachbezugs auf 2 % ist ein weiterer Anschlag auf die Börse der Autofahrer. Ca. 150.000 Dienstnehmer bekommen von ihrem Arbeitgeber einen Dienstwagen zur Verfügung gestellt. Firmenautos mit Privatnutzung sind kein Geschenk des Unternehmens an die Mitarbeiter, sondern werden aus betrieblichen Notwendigkeiten angeschafft und durch die Privatnutzung insgesamt effizienter eingesetzt. Müssten die Betriebe stattdessen den Mitarbeitern Kilometergeld bezahlen, dann käme das den Unternehmen in den meisten Fällen teurer.

Ein weiterer Aspekt ist die höhere Verkehrssicherheit, da Dienstfahrzeuge erfahrungsgemäß mit einer besseren Ausstattung (Komfort und Sicherheit) angeschafft werden, als bei Privatanschaffungen.

Unser Vorschlag für eine im positiven Sinne budgetwirksame und gleichzeitig ökologische Maßnahme ist die **Einführung einer Ökoprämie** für die Anschaffung eines Neufahrzeugs bei gleichzeitiger Rückgabe und Verschrottung eines Altfahrzeugs. Diese Maßnahme hat bereits im Jahr 2009 positive Effekte gehabt, sowohl für den Fahrzeughandel als auch für den Finanzminister, der über die NOVA und MwSt. **Mehreinnahmen von ca. € 114,1 Mio.** (Summe Steuereinnahmen ca. € 138,6 Mio. - staatliche Ökoprämie € 22,5 Mio.) lukrieren konnte.

Die Prämie von € 1.500.- pro Fahrzeugkauf/Verschrottung setzte sich aus einer staatlichen Prämie von € 750.- und einer Unterstützung der Automobilimporteure und Händler in der Höhe von € 750.- zusammen, daraus resultieren die € 22,5 Mio.

Auf Österreichs Straßen sind mehr als 530.000 Autos unterwegs, die vor dem 1. Jänner 1997 zugelassen wurden. Diese mehr als 17 Jahre alten Fahrzeuge erfüllen nur die niedrigen Abgasstandards EURO 0 oder EURO 1.

Eine derartige ökologisch und finanziell wirksame Maßnahme wird daher von uns dringend empfohlen anstatt einer weiteren Belastung der Autofahrer über eine Erhöhung des Sachbezugs auf 2 %.

Ich ersuche Sie daher dringend, von der Erhöhung des Sachbezugs und einer weiteren Belastung der Autofahrer Abstand zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen und den besten Weihnachtswünschen

A handwritten signature in black ink, consisting of a series of connected loops and a long horizontal stroke that ends in a small hook.

KommR Burkhard Ernst  
Obmann Bundesgremium des Fahrzeughandels